

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Bauernverband
Claire-Waldorf-Str. 7
10117 Berlin

Agrarpolitik

DIE LINKE zur Agrarpolitik und den Forderungen des Deutschen Bauernverbandes

I. Die deutschen Bauern ackern für Deutschland u. erbringen eine Vielzahl von Leistungen für die Gesellschaft. Sie produzieren hochwertige Lebensmittel, schaffen vielfältige Kulturlandschaften u. liefern neue Energie. Aufgabe der nationalen Politik ist es, die Weichen so zu stellen, dass die Land- u. Forstwirtschaft als Grundlage der Agrar- u. Ernährungswirtschaft hier am Standort Deutschland ihre Kräfte entfalten kann

Der Standort Deutschland steht für die Agrar- und Ernährungswirtschaft nicht in Frage. Innerhalb Europas ist die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft an führender Position, womit die Agrarpolitik in besonderer Verantwortung steht. Viele Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im vor- und nachgelagerten Bereich sind an agrarpolitische Weichenstellungen gebunden, die ihr ermöglichen, dass sie die einheimische Nahrungs- und zunehmend auch die Energieversorgungssicherung sozial und ökologisch erfüllen können. Durch die zunehmende auch für die Agrarwirtschaft wirksame Globalisierung muss die Agrar- und Energiepolitik mit ihren Auswirkungen auf nationaler, EU – und globaler Ebene immer wieder neu justiert werden, um für gerechte Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb Deutschlands zu sorgen.

II. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die Landwirtschaft voll erfasst, wichtige Absatzmärkte u. Preise sind erhebliche unter Druck geraten. Deshalb ist schnelle Hilfe, doppelt wirksame Hilfe. Konkret geht es um die Sicherung von Liquidität, um Kostentlastung u. Absatz belebende Maßnahmen, um die Landwirtschaft aus der Talsohle heraus zu bringen. Dies gilt vor allem für die Milchbauern, die zudem rechtzeitig zuverlässige Rahmenseetzungen für die Zeit nach der 2015 auslaufenden Quotenregelung brauchen.

Nicht die Finanz- und Wirtschaftskrise allein sorgt für die schwierige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, sondern ebenso strukturelle Probleme, z. B. auch in der Marktposition der anbietenden Land- und Agrarwirtschaft. Im Vorfeld der Finanzkrise haben in erheblichen Ausmaß Börsenspekulationen zu den ungewohnt hohen Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe und Nutzflächen beigetragen, die die jetzige Krise aus dem Agrarbereich noch

weiter verstärken. Rohstoff- und Bodenspekulationen sind mittel- und langfristig Gift für die Agrarmärkte, da sie die Verlässlichkeit von Versorgungs- und Handelsbeziehungen enorm schädigen und die Sicherheit sowohl für die Produzentinnen und Produzenten als auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher beeinträchtigen. Künftige faire Rahmensetzungen für die nationalen u. internationalen Agrarmärkte (D, EU, WTO) werden wichtiger denn je und bleiben Aufgabe der Agrar-, Finanz- und Handelspolitik.

III. Der DBV fordert ein wirksames Konjunktur- und Entlastungsprogramm, um alle Betriebe nachhaltig für die Zukunft zu stärken. Dabei sind lähmende Kosten- und Wettbewerbsnachteile zu beseitigen und gezielte Investitionsanreize zu setzen. Zu diesem Programm zählen unter anderem:

- **Die Einführung einer steuerlichen Risikorücklage, damit die Land- u. Forstwirte besser und in Eigenverantwortung mit gewachsenen Risiken umgehen können.**
- **Die Stärkung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, um Förderimpulse in Betrieben und ländlichen Regionen zu setzen,**
- **Die solide Finanzierung der agrarsozialen Sicherung, um höhere Abgabenbelastungen von den Betrieben fern zu halten,**
- **Die Sicherung der Ausgleichszulage sowie der Gebietskulisse für benachteiligte Gebiete, um eine flächendeckende Landwirtschaft zu wahren,**
- **Die Senkung von Kosten treibenden Auflagen und die Straffung von Genehmigungsvorgängen gerade im Veredlungsbereich,**
- **Die Verbesserung von Abschreib- und Investitionsmöglichkeiten für Landwirte über das Steuerrecht.**

Innerhalb der EU sind auf der landwirtschaftlichen Kostenseite Steuern und Abgaben nach Möglichkeit zu harmonisieren um politisch veranlasste Verzerrungen in der Wettbewerbsfähigkeit zu vermeiden. Durch die nationale Souveränität in der Haushalts- und Finanzpolitik bleibt dies allerdings ein komplizierter Weg. Da die steuerliche und die Abgabenbelastung für verschiedene Produktionsmittel in der Landwirtschaft in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, muss im Einzelnen geprüft werden, wie stark sich einzelne Faktoren auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Politisch festgesetzte Regelungen dürfen nicht dazu führen, dass Teile der Landwirtschaft grundsätzlich gefährdet werden.

- Eine steuerliche Risikorücklage wird von der LINKEN unterstützt, da durch Globalisierung und durch Klimawandel bedingte Risiken für die Landwirtschaft wachsen.
- Der Ausbau der GAK (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) bleibt als die wesentliche Förderquelle für Entwicklung in ländlichen Räumen eine wichtige Forderung der LINKEN. Dabei muss der Zugang und die Verfügbarkeit von Fördermitteln für Frauen in ländlichen Regionen verbessert werden.
- Die LINKE setzt sich für den Erhalt der eigenständigen und betrieblich tragbaren agrarsozialen Sicherung ein.
- Ebenso unterstützt die LINKE ein Beibehalten der Ausgleichzulage in Deutschland als wichtige Strukturhilfe für benachteiligte Gebiete und die Sicherung der Gebietskulisse unter Einbeziehung sozialer Faktoren.
- Der Veredlungsbereich wird zunehmend durch industrielle nicht landwirtschaftliche Strukturen geprägt. Außerdem ist die Landwirtschaft nicht allein in der Welt. Um überhaupt Akzeptanz für neue Investitionen in dem Bereich zu erreichen, müssen die Genehmigungsverfahren sensibel und unter Sicherung der Beteiligungsmöglichkeiten von Betroffenen gestaltet werden.
- Das Steuerrecht berücksichtigt die Abschreib- und Investitionsmöglichkeiten für die Landwirtschaft in ausreichender Weise. Im Zusammenhang mit der Einführung einer Risikorücklage sind aus Sicht der LINKEN die Verhältnisse der Landwirtschaft richtig abgebildet.

IV Von grundsätzlicher Bedeutung für die neue Legislaturperiode ist für den Deutschen Bauernverband, dass die Landwirte als zentrales Glied in der Lebensmittelkette gestärkt werden. Dem Wegfall der CMA und ZMP gilt es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit einer nationalen Absatzförderinitiative zu begegnen. Die Erfolge im Export gilt es zu sichern. Nicht nur dafür braucht es ein starkes Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Ländliche Räume und ein neues Landwirtschaftsgesetz, das seinen Namen verdient. Stärke u. Weitblick muss die Politik auch in den entscheidenden Diskussionen um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 beweisen. Kontinuität, Vereinfachung und finanzielle Stabilität für alle Betriebe sind dabei für den Deutschen Bauernverband zentrale Forderungen. Der Landwirt muss mit seinem Land und seinen Tieren arbeiten und nicht mit Akten und Bevormundung. Daher sind spürbarer Bürokratieabbau und mehr globaler Schutz des Eigentums von ebenso grundsätzlicher Bedeutung.

Der Absatz auf regionaler und nationaler Ebene muss verstärkt werden.

Die LINKE sieht das Problem einer zu starken Fokussierung der Vermarktung im Export, vor allem im Export außerhalb der EU. Die Risiken einer auf den Export ausgerichteten Produktion und Vermarktung der Landwirtschaft sind höher. Währungsturbulenzen, Spekulationsgeschäfte mit landwirtschaftlichen Rohstoffen, zusätzliche Handelsstufen im internationalen Agrarhandel, Abhängigkeiten politischer Intervention (Zölle, Subventionen, Handelskonditionen) machen die Exporte unkalkulierbar. Agrarbetriebe brauchen aber gerade wegen der hohen arbeitsplatzbezogenen Investitionen Verlässlichkeit.

Die Existenz eines Ministeriums für Ernährung, Land- und Agrarwirtschaft sowie ländliche Räume und Verbraucherschutz steht für die LINKE nicht in Frage.

Ein neues Landwirtschaftsgesetz ist aus Sicht der LINKEN nicht notwendig.

Ein großer Teil der Gesetzgebung ist ohnehin europäisiert und der Nutzen einer Gesetzesreform ohne konkreten politischen Regelungsbedarf ist nicht erkennbar.

Nachweislich überflüssige Bürokratie soll abgebaut werden, dieses darf aber kein Selbstzweck sein, der gesamte Agrarbereich steht schließlich in der vollen Verantwortung gegenüber Verbraucher/innen und Gesellschaft.

Die Forderung des DBV zu mehr globalem Schutz des Eigentums widerspricht dem Wunsch zur Abschaffung der Milchquote und der Forderung nach Deregulierung. Gerade hier werden in Zukunft noch wichtige Eigentumsfunktionen beseitigt oder zumindest entwertet.

V. In einem 100 – Tage Programm schlägt der DBV Maßnahmen vor, die gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode aufgegriffen und angegangen werden müssen. Zu diesen Maßnahmen zählen:

- **Die Senkung des Agrardieselsteuersatzes auf französisches Niveau**
- **Die Ankurbelung des Milchabsatzes**
- **Die Überprüfung und Anpassung aller nationalen Gesetze dahingehend, dass sie 1:1 gemäß der europäischen Vorgaben umgesetzt wurden, zum Beispiel das Umweltschadensgesetz,**
- **Die Neuordnung der Biokraftstoffpolitik**
- **Die Änderung der Biopatent-Richtlinie in Brüssel**

Eine weitere Senkung der Agrardieselsteuern kann nur im Zusammenhang mit einer Strategie zum Energieeinsatz bzw. –verbrauch in der Landwirtschaft stattfinden. Bislang ist der Eigenverbrauch an Biokraftstoffen in der Landwirtschaft zu gering.

Milchpolitik kann sich nicht allein am Absatz orientieren, sondern muss Impulse zur Mengenregulierung ermöglichen.

Die Forderung der 1:1 Umsetzung europäischer Vorgaben ist in der Form zu pauschal. Höhere Standards bzw. regionale Anpassungen müssen prinzipiell möglich sein. Europäische Vorgaben

sind in der Regel sehr allgemein auf den gesamten europäischen Raum ausgerichtet und können gar nicht regionale Verhältnisse angemessen abbilden.

Die Biokraftstoffpolitik der großen Koalition ist widersprüchlich, unökologisch, unsozial und schädigt die hiesige Landwirtschaft. Die LINKE fordert eine Wiedereinführung der Steuerbefreiung für Reinbiokraftstoffe und eine Förderung regionaler Biokraftstoffproduktion. Die Bio-Patentrichtlinie, welche zwar Patente auf Leben ausschließt, dabei aber so großmaschige Ausnahmen formuliert hat, dass dieses Verbot regelmäßig ad absurdum geführt wird (Beispiel: Schweine-Patent, Brokkoli-Patent, etc.), muss dringend geändert werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sie so verschärft wird, dass eine Patentierung von Tieren, Pflanzen, Genen und in der Natur vorkommenden Substanzen nicht mehr möglich ist.

VI. Die deutschen Bauern sind auf vielen Feldern unterwegs. Die EU hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr aus der direkten Marktverantwortung verabschiedet. Umso wichtiger ist es für alle Bereiche der Land- und Forstwirtschaft, dass die Rahmenbedingungen am Standort Deutschland stimmen. Grundlage für die unternehmerischen Entscheidungen, insbesondere die Investitionen der Landwirte ist und bleibt eine Politik der Berechenbarkeit und Planungssicherheit. Milcherzeuger, Ackerbauern, Schweinehalter, Schaf- und Ziegenhalter, aber auch Obst- und Gemüsebauern sowie Winzer und Waldbesitzer stellen sich dem Markt. Leidige Dokumentationspflichten und unsinnige Produktions- und Vermarktungsaufgaben sowie Kennzeichnungspflichten müssen deshalb auf den Prüfstand und abgebaut werden. All das gilt auch für den Ökolandbau, der in seiner Marktentwicklung weiterhin von der Politik begleitet werden muss.

Die Grenzen des Ordnungsrechts sind im Natur- und Umweltschutz erreicht und zum Teil überschritten. Daher müssen kooperative u. pragmatische Wege beim Schutz von Boden, Luft und Wasser mit den Bauern gegangen werden. Die bestehende Eingriffs- und Ausgleichsregelung ist zu überarbeiten, so dass Entsiegelung wirklich Vorrang hat.

Die Landwirtschaft ist ein innovativer Wirtschaftszweig, der sich immer neuen Herausforderungen, wie z.B. dem Klimawandel stellen muss. Die Politik muss deshalb die Agrarforschung stärken und in praxistaugliche Aus- und Weiterbildung investieren. Dabei gehören auch die föderalen Strukturen der Forschungs- und Bildungslandschaft auf den Prüfstand.

Auch wenn der Anbau von GVO heftig umstritten ist, die Freiheit der Forschung muss an dieser Stelle gewahrt bleiben. Über den Anbau oder Nichtanbau muss letztendlich der Landwirt und Verbraucher entscheiden.

Vereinfachungen und Anpassungen verlangt der DBV gerade auch in der Steuerpolitik, die die Landwirtschaft nicht bremsen, sondern fördern soll. Umsatzsteuererklärungen bei Kleinumsätzen sind nicht nötig. Das vereinfachende Instrument der Umsatzsteuer- Pauschalierung muss langfristig gesichert werden und darf nicht weiter ausgehöhlt werden.

Land- und Forstwirtschaft sind die Lebensadern des ländlichen Raums und geben ihm ein Gesicht. Es muss sichergestellt werden, dass die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes erhalten bleibt und dass am jetzigen Jagdrecht festgehalten wird. Ebenso wie die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen müssen Betriebszweige wie Urlaub auf dem Bauernhof oder die Direktvermarktung ausgebaut u. politisch gefördert werden.

Die Vielfalt der landwirtschaftlichen Produktionsformen in Deutschland und Europa ist eine wichtige wirtschaftliche, soziale und ökologische Stärke des Wirtschaftssektors. Die Ausrichtung der EU auf eine dem Primat der Globalisierung untergeordnete Agrarpolitik stößt heute schon an ihre Grenzen. Zur Verlässlichkeit der Agrarpolitik gehört aus Sicht der LINKEN eine Beibehaltung von Marktregeln und -regulierungen, die sozial gerechte und ökologisch verträgliche Erzeugung weltweit ermöglicht und volks- statt rein betriebswirtschaftlich gedacht sind.

Wenn Dokumentationspflichten, Produktions- und Vermarktungsaufgaben unsinnig sind, gehören sie abgeschafft. Sie sind dies aber nicht per se, wie vom DBV suggeriert. In der modernen postindustriellen Gesellschaft, in deren Umfeld die Agrarwirtschaft arbeitet, gehören Transparenz und verbrauchernahe Vermarktung zum Geschäft. Insbesondere in dem wachsenden Verbrauchervertrauen zum Ökolandbau zeigt sich der Erfolg transparenten und umweltverträglichen Wirtschaftens.

Das Ordnungsrecht im Natur- und Umweltschutz ist aus der Notwendigkeit einer stringenten und gerechten Regulierung hervorgegangen. Nach wie vor gibt es ökologische Probleme, die durch die Intensivierung der Landwirtschaft hervorgerufen werden (Nährstoffaustrag in den Naturhaushalt, Artenschwund, Erosion, Energie- und Wasserverbrauch). Konkret muss abgewogen werden, welche Maßnahmen im Natur- und Umweltschutz effizienter sind. So weit möglich, sind kooperative Wege zu bevorzugen, sie reichen aber nicht immer. Anreize zu mehr Energieeffizienz oder zum Wassersparen sind solche Wege. In anderen Bereichen wie zum Beispiel in der Genehmigung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) sind sie ordnungsrechtlich unumgänglich.

Beim Thema der Eingriffs- und Ausgleichsregelung teilt die LINKE die Einschätzung des DBV, dass Entsiegelung stärker Vorrang bekommen muss.

Die LINKE hat sich bereits in der 16. Wahlperiode auf Bundes- und Landesebene für eine Stärkung der Agrarforschung eingesetzt und wird das weiter tun.

Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland und Europa lehnen den Anbau gentechnisch veränderter Kulturpflanzen aus ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Gründen ab. Dieses muss auf der Erzeugerseite auch die Landwirtschaft akzeptieren. Politisch muss gewährleistet werden, dass eine landwirtschaftliche Erzeugung ohne den Einsatz und die Kontaminierung von GVO auch in Zukunft möglich ist. An dieser Stelle ist auch die Forschungsfreiheit an einer Grenze. Sie darf die gentechnikfreie Erzeugung nicht unterlaufen und damit zum Türöffner eines unvermeidlichen GVO-Anbaus werden.

Steuerpolitik ist per se keine Förderpolitik, sondern dient der Finanzierung der staatlichen und hoheitlichen Aufgaben. Sie darf allerdings nicht dazu führen, dass Produktionsbereiche in Deutschland gefährdet werden. Die Umsatzsteuerpauschalierung für Kleinbetriebe muss erhalten bleiben. Die LINKE hat auch die Anpassung der Pauschalsätze in der 16. Wahlperiode unterstützt.

Zur Politik für die ländlichen Räume Deutschlands gehört die Sicherung der vielfältigen Funktionen des Waldes. Hierzu ist aus Sicht der LINKEN eine Modernisierung des Waldgesetzes (Antrag der LINKEN: 16/9075) notwendig.

Die Förderung der Produktion nachwachsender Rohstoffe, der Direktvermarktung und des Urlaubs auf dem Bauernhof ist unstrittig und muss im Rahmen der 2. Säule ausgebaut werden. Dabei ist der Zugang von Frauen zu den Fördertöpfen für die ländlichen Räume zu verbessern. Hier gibt es aus Sicht der LINKEN dringenden Nachholbedarf.